



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4606

Landeszentrale für politische Bildung
Kehdenstr. 27 | 24103 Kiel

An die Vorsitzende des
Bildungsausschusses
Frau Abgeordnete
Sylvia Eisenberg
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: LZ 130
Meine Nachricht vom: /

Dr. Rüdiger Wenzel
ruediger.wenzel@lpb.landsh.de
Telefon: 0431 988-59 34
Telefax: 0431 988-59 42

20. August 2009

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/2666

Sehr geehrte Frau Eisenberg,

im Rahmen der Ausarbeitung unserer Stellungnahme zum o. g. Antrag „Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln“ stellen wir fest, dass eine kurze schriftliche Stellungnahme nicht ausreichend ist, um die Komplexität der Thematik und die Chancen, die bei einer Neuordnung bedacht werden sollten, aufzuzeigen, und bitten deshalb um ein Gespräch.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag würde mit diesem Zuordnungsmodell erneut einen bundesweiten Sonderweg einschlagen, der außerdem dem Prinzip und dem Gebot der Gewaltenteilung zuwider läuft. Dies wirft die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auf und macht im Vorfeld eine Prüfung ebendieser notwendig.

Durch die Zuordnung zum Landtag wäre die zentrale Einrichtung der politischen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein dann von den Mehrheitsentscheidungen des Landtages abhängig, womit letztlich elementare Grundsätze unserer Demokratie ausgehebelt würden.

Da sich bereits das Modell „Landesbetrieb“ als nicht praktikabel erwiesen hat, bitten wir zu bedenken, erneut ein Konstrukt auszuwählen, das in Deutschland nirgendwo existent ist und somit von vornherein die Möglichkeit ausschließt, auf vorhandene Strukturen und Erfahrungen der Bundesländer zurückzugreifen, um auch wirkliche Einsparpotentiale und Synergien zu erzielen.

Daher bitten wir, einen bundesweiten Ländervergleich vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rüdiger Wenzel

Dr. Klaus Kellmann

Christina Batzlaff M.A.